

97-84239-7

Rossiiskaia sotsial-  
demokraticheskaia...

Kriegs- und  
Friedensprobleme der...

Sozialdemokratische ...

[1916?]

97-84239-7

MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES  
PRESERVATION DIVISION

## BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308

Z

Box 884

~~Kriegs- und Friedensprobleme der Arbeiterklasse.~~  
Rossiiskaia sotsial-demokraticheskaia rabochaia  
partia. Organizatsionnyi komitet. Zagra-  
nichnyi sekretariat.

Kriegs- und Friedensprobleme der Arbeiter-  
klasse; Entwurf eines Manifestes vorlegt der  
zweiten Zimmerwalder Konferenz. Hrsg. vom  
Auswärtigen Sekretariat des Organisationskomitees der Sozialdem. Arbeiterpartei Russlands.  
1916?

25 p.

RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

## TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mmREDUCTION RATIO: 9:1IMAGE PLACEMENT: IA IIA IB IIBDATE FILMED: 11-10-97INITIALS: JPTRACKING #: 28730

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

# Kriegs- und Friedensprobleme der Arbeiterklasse

Entwurf eines Manifestes  
:: Vorgelegt der zweiten ::  
Zimmerwalder Konferenz

Preis: 15 Rappen

003  
Z  
Box 884

Herausgegeben vom Auswärtigen Sekretariat des Orga-  
nisationskomitees der sozialdem. Arbeiterpartei Rußlands

Printed in Switzerland

45-784 D 10/24/56 G-L-S

Der vorliegende Entwurf eines Manifestes wurde der zweiten internationalen sozialistischen Konferenz in Kienthal zu dem Punkt der Tagesordnung „Das Proletariat und die Friedensbestrebungen“ vorgelegt. Der Entwurf ist vom Auswärtigen Sekretariat des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gemeinsam mit einigen führenden Mitgliedern der Polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.) ausgearbeitet worden. Die Konferenz in Kienthal hat diesen Entwurf, wie auch die andern Resolutionsentwürfe zu demselben Punkt, an die Kommission überwiesen, die die bekannten „Thesen“ ausgearbeitet hat.

Durch die Veröffentlichung unseres Entwurfes wollen wir die ausländischen Genossen über den Standpunkt eines Teiles der russischen und der polnischen Marxisten in der aktuellen Frage der sozialdemokratischen Politik informieren sowie einen Beitrag zu der Diskussion über das sozialdemokratische „Friedensprogramm“, die immer notwendiger wird, liefern.

Zu demselben Zweck veröffentlichen wir einen Teil der in Petersburg erschienenen Deklaration zweier russischer sozialdemokratischen Organisationen über die Politik der internationalen Sozialdemokratie im Kriege.



## Entwurf eines Manifestes der zweiten internationalen sozialistischen Konferenz

Beantragt von P. Axelrod, S. Lapinski u. L. Maroff

### Der kommende Frieden.

Unter dem unaussprechlichen Kauonenrdonner, unter dem Stöhnen der Verwundeten, unter all den abförmlichen Schrecken des Weltkrieges tasten die Lenker Europas, die Diplomaten, die Meerführer, die Könige der Industrie und des Finanzkapitals, den Boden für die künftigen Unterhandlungen über einen Frieden ab, der das Jozit des unerhörtesten Blutvergießens ziehen und den Grund für das künftige Zusammenleben der zivilisierten Völker legen soll. Annexionspläne werden ausgeheckt und entworfen, Pläne künftiger Umachungen der Stärkeren unter den kriegführenden Mächten auf Kosten der Schwächeren, Teilungspläne, die auf Betrug und Beraubung jener Völker hinauslaufen, die ihre Hoffnungen auf den Krieg gesetzt haben; ja, man bereitet schon Pläne jener Koalitionen vor, die nach Friedensschluß mit anderen Mitteln den Kampf, der heute mit Feuer und Schwert geführt wird, fortsetzen werden, um nach einiger Zeit einen neuen, einen noch fürchterlicheren kriegerischen Zusammenprall der Völker herbeizuführen.

Dieser Frieden, dem Europa durch die Schrednisse des Krieges entgegengerht, wird das erreichte militärische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis der beiden Koalitionen und der Staaten innerhalb derselben festlegen; er kann dem Ideal des „englischen“ oder des „deutschen“ Friedens näher kommen, je nach dem Kräfteverhältnis im letzten Augenblick des Krieges; auf alle Fälle wird aber der Friede, den die heute feindlichen imperialistischen Oliguen vorbereiten, im unverföhnlichen Gegensatz zu den vitalsten Interessen des Proletariats stehen.

Am zweiten Tage nach der Unterzeichnung dieses Friedens wird Europa sich vor die schredlichen Folgen eines sei-

nem Umfange und seiner Ausbreitung nach beispellosten Krieges gestellt sehen, die auf viele Jahre hinaus unerträgliche Lebensbedingungen für die Völker schaffen werden.

Kolossale Produktionskräfte werden in diesem Kriege vergeudet, zugleich aber unermeßliche Reichtümer in wenigen Händen konzentriert. Mit katastrophaler Schnelligkeit wird die wirtschaftliche Selbständigkeit der Mittelschichten der Bevölkerung untergraben werden. Eine furchtbare Last neuer Steuern wird auf viele Jahre den Volksmassen als Vöjegelb für den wahnsinnigen Krieg aufgebürdet werden. Einen beträchtlichen Teil seiner Arbeit wird das Proletariat tatsächlich darauf verwenden müssen, um den Gläubigern des Staates die Verzinsung und die Rückzahlung der Anleihen sicherzustellen.

Die Teuerung aller Lebensmittel, die dauernde Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens, das Ansteigen der Steuern und die beschleunigte Proletarisierung der Volksmassen, all das wird die Existenzbedingungen des Proletariats ungeheuer verschlimmern und seinen Klassenkampf ungemein erschweren. Zugleich wird aber die Macht der mit der Militärkamarilla eng alliierten Finanzoligarchie ins Ungeheure steigen, wobei die politische Bedeutung der Kriegertaste in allen Ländern um so größer werden wird, je mehr in Europa eine durch den Krieg erzeugte Atmosphäre der ständigen Nervosität die Gefahr neuer internationaler Konflikte schaffen wird. Dazu kommt das steigende Eingreifen der Staatsgewalt in das ökonomische Leben, wobei diese Gewalt sich immer mehr zu einem unmittelbaren Werkzeug der Finanzoligarchie verwandelt. Die Ausbreitung der Staatsmonopole aller Art auf dem Boden eines engen Bündnisses des Staates mit den Banken, Kartellen und Kampforganisationen der Industrien und der Agrarier droht das alte Traumbild der Kapitalmagnaten, die vollkommene Versklavung des Proletariats, in Wirklichkeit umzusetzen.

Alles das schafft die Vorbedingungen einer äußerst scharfen politischen und sozialen Reaktion, einer außerordentlichen weiteren Entwicklung des Militarismus, einer ungeheuren Stärkung der Staatsgewalt auf Kosten der demokratischen Freiheiten der Bürger sowohl in Monarchien als auch in Republiken; einer Steigerung nationaler Ungleichheit und Unterdrück-

lung; einer völligen Lahmlegung der Arbeitergesetzgebung sowie einer Verschärfung der Rechlosigkeit des Proletariats. Dies ist der Friede, dem die europäische Bourgeoisie, die den Krieg angezettelt hat, entgegengeht.

Während die kapitalistischen Klassen, sich auf die Kanonen und auf die Macht der Milliarden stützend, die Grundlage für das künftige Europa schaffen, ist der bürgerfriedliche Sozialismus durch die Logik seiner Politik verurteilt, passiv und machtlos diesem Schauspiel zuzusehen. Im Namen der Vaterlandsverteidigung weigerte er sich, den Versuch zu unternehmen, die Massen zum Kampfe gegen den internationalen Imperialismus aufzurütteln.

Ohne Verständnis für die historische Bedeutung der durch diesen Krieg endgültig offenbarten Umrwälzung in den Bedingungen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse, hat der bürgerfriedliche Sozialismus durch seine Politik der nationalen Einigung und Unterstützung des Krieges die revolutionäre Kraft geschwächt, verschwendet und zerstückt, die im Proletariat angehäuft war und die allein imstande wäre, die Wirkung jener Faktoren abzuschwächen, die Europa einem solchen Frieden entgegenführen.

Der offizielle Sozialismus Deutschlands, Frankreichs usw. erweist sich bestenfalls als fähig, inmitten der tobenden, raubfüchtigen Leidenschaften bloß harmlose Wünsche eines „demokratischen“ Friedens, eines Friedens ohne Vergewaltigung von Völkern, zu äußern, verächtet aber auf alle Mittel einer wirklichen Beeinflussung des Ganges der Ereignisse, die die Bedingungen des Friedens vorbereiten. Seine Vertreter erinnern in diesem Falle an jene auftrichtigen Epigonen der bürgerlichen Demokratie, die nicht einsehen, wie die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, auf deren Boden sie stehen, unwillkürlich ihre humanitären und pazifistischen Illusionen begräbt. Noch viel schlimmer ist es aber, wenn sozialistische Durchhaltepolitiker — und dies geschieht leider immer öfter — die Mission der vollständig vor dem Imperialismus kapitulierenden bürgerlichen Demokraten auf sich nehmen, indem sie Eroberungspläne, Pläne der Verteilung von Völkern, Pläne künftiger ökonomischer und militärischer Koalitionen, die von den Völkern Europas unterm Kanonendonner ausgenommen werden,

mit demokratischen Formeln umhüllen. Es scheint, als ob sie unter allen Bedingungen ihre Mission darin erblicken, mit den Blüten ihrer Ideologie die erschreckende Nacktheit des Imperialismus zu schmücken.

Mit größter Aufmerksamkeit muß das Proletariat die Pläne seiner Regierungen und seiner herrschenden Klassen verfolgen, die nach dem schändlichen Kriege einen ebenso schändlichen Frieden vorbereiten. Der Krieg, durch den die Bourgeoisie die unveröhnlichen Gegensätze der kapitalistischen Ordnung zu lösen sucht, um die Lebensdauer des Kapitalismus zu verlängern — ist gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse gerichtet. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Interessen des Proletariats stehen auch die räuberischen Pläne beider kriegführenden Koalitionen, die in den Friedensbedingungen ihren Ausdruck finden sollen. Das Proletariat muß sich über den eigentlichen Inhalt und die Bedeutung dieser Pläne Rechenschaft geben, um, auf die Macht seiner erwachenden Klassenbewegung gestützt, ihnen ein eigenes Kampfprogramm gegenüberzustellen.

### Pläne zwischenstaatlicher Vereinigungen.

Der gegenwärtige Krieg hat erwiesen, daß die durch den Kapitalismus erzeugte Weltwirtschaft in einen unausgleichbaren Gegensatz zu ihrer heutigen staatlichen Hülle tritt. In letzter Linie wurde ja der Krieg selber durch das elementare Bedürfnis der Nationalwirtschaften zur Ausbreitung ihrer territorialen Basis hervorgerufen. Und so sehen wir denn, daß beide kriegführenden Koalitionen in ihren Liquidationsplänen des Krieges bestrebt sind, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Daher der Plan eines „Mitteleuropa“ einerseits und einer engen wirtschaftlichen Annäherung der Länder des „Bierverbandes“ andererseits.

Die Form, in welcher die kapitalistischen Klassen die neuen Aufgaben zu lösen suchen, steht im unveröhnlichen Gegensatz nicht nur speziell zu den Interessen des Proletariats und der Demokratie, sondern auch zu den wirklichen Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt. Die Aufgabe der Schaffung eines größeren wirtschaftlichen Ganzen wird durch seine mehr oder weniger vollständig durchgeführte ökonomische

Absonderung von den übrigen Teilen der kapitalistischen Welt erreicht, durch die Verstärkung des Protektionismus, wo er schon herrschte, und durch seine Einführung, wo er bisher noch fehlte; durch die Vereinigung jenes grauenhaften und für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte schädlichen ökonomischen Krieges, der heute gleichzeitig mit dem Schützengrabenkrieg geführt wird; durch die Befestigung zweier feindseligen Koalitionen in Europa und durch die Bildung neuer Quellen eines unveröhnlichen Antagonismus unter ihnen einerseits und den Trägern des amerikanischen und des asiatischen Kapitalismus anderseits. Und innerhalb eines jeden der neuen wirtschaftlichen Bündnisse würden die Interessen der kapitalistisch schwächeren und unentwickeltesten Staaten unvermeidlich denen der mächtigeren führenden Staatengruppen geopfert werden.

Die Krise der heutigen Produktionsweise, die unter den bestehenden Staaten unausgleichbare Konflikte heraufbeschworen hat, wird nach einiger Zeit in noch größerem Umfang aufs neue entstehen und noch tiefere Erschütterungen hervorrufen müssen.

Der Kapitalismus ist außerstande, das Problem der wirtschaftlichen Vereinigung der selbständigen Staaten auf der Grundlage der Unabhängigkeit der Nationen und ihrer freien ökonomischen Entwicklung zu lösen. Alle Versuche, an die Lösung dieser Frage heranzutreten, die von den herrschenden Klassen unternommen wurden, führen zu einer weiteren Verschlimmerung jener Lage, in der sich Europa bereits vor dem Kriege befand. Nur das Proletariat wird imstande sein, dieses große Werk zu vollbringen, nachdem es die politische Macht im Staate erobert und das System der Konkurrenz beseitigt hat, auf deren Grundlage sich die unveröhnlich feindseligen Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmungen, Industrien und wirtschaftlichen Einheiten entwickelt haben. Die volle wirtschaftliche und politische Vereinigung aller zivilisierten Nationen wird eine der Grundaufgaben der sozialistischen Umgestaltung des heutigen Wirtschaftssystems sein. Im Interesse der ökonomischen Vereinigung der ganzen zivilisierten Menschheit, im Interesse der Aufhebung der Staatsgrenzen, der Zollschranken und der nationalen Absonderung muß das

Proletariat alle kapitalistischen Pläne der Wirtschaftscoalitionen entschieden zurückweisen, hinter denen zweifelsohne noch das Bestreben liegt, die heutigen Kriegsalianzen zu erhalten und zu befestigen. Schon aus diesem Grunde allein kann das Proletariat diese Pläne keineswegs als das „kleinere Übel“ betrachten — selbst mit dem Zustand Europas vor dem Kriege verglichen.

### Die Anneziionspläne und die Befreiung der Völker.

Durch die imperialistische Rivalität hervorgerufen, mußte der Weltkrieg notwendigerweise unter den herrschenden Klassen der Großmächte raubjüchtige Bestrebungen nach direkter oder indirekter Einverleibung fremder Länder, nach ökonomischer und politischer Aufsaugung der schwachen Nationen aufstacheln. Solche Anneziionspläne werden von beiden Mächtegruppen gehegt, und ihre Programme werden geschickt ergänzt durch eine Praxis der Herabdrückung der kleinen, nominell selbständigen Staaten zu bloßen Vasallen — eine Praxis, die gerade in diesem Kriege große Fortschritte gemacht hat. In ihren Anneziionsplänen sind die imperialistischen Eliten bestrebt, sich wie auf das historische Recht und auf die Argumente der Strategie, so auch auf Erwägungen zu stützen, die die Notwendigkeit der Erweiterung der territorialen Basis des vaterländischen Kapitalismus beweisen sollen. Dabei werden die Interessen und der Wille der Bevölkerung der direkt oder in verhängter Form anzugliedernden Gebiete offen und in zynischer Weise ignoriert, während in anderen Fällen die gleichen Anneziionspläne von den imperialistischen Politikern in die Form der „Befreiung“ der unterdrückten Nationen vom fremden Joch gehüllt sind und in diesem Gewande einen wohlwollenden Widerhall in den Volksmassen und sogar eine Unterstützung bei den bürgerlichen sozialistischen Parteien finden.

Nicht nur Polen, dessen Schicksal aufs neue zum Objekt des diplomatischen Spiels der Großmächte zu werden beginnt, und nicht bloß die Balkanvölker, deren tragische Geschichte im 19. Jahrhundert zugleich die Geschichte der Verbrechen der Großmächte ist, sondern noch eine ganze Reihe anderer Völker im Westen und im Osten — die Elsäßer und die Flamen, die österreichischen Italiener und Serben, die ungarischen Rumä-

nen und Ruthenen, die Litauer und die Letten, die Armenier und die Araber und sogar die kein Territorium besitzenden Juden, — alle sie werden in diesen „Befreiungsplänen“ der einen oder der andern Koalition nicht unbeachtet gelassen, Plänen, die den größten Betrug unter allen in diesem Kriege begangenen Verrätereien darstellen. Nachdem die europäische Bourgeoisie den heutigen Nationalstaat als eine Form, die am besten die Interessen der ökonomischen Entwicklung sicherstellte, geschaffen hat, erwies sie sich als unfähig, Europa auf Grund dieses nationalen Prinzips konsequent umzugestalten. Wie sie vor den sozialen Kräften der Vergangenheit kapituliert und so gut wie nirgends die Demokratisierung des von ihr eroberten Staates bis zum Ende durchführte, so hat sie in ihrer politischen Sturm- und Drangperiode auch die nationale Einigung und Befreiung unvollendet gelassen. Von ihrem Klasseninteresse geleitet, hat sie mit den buntschedigen Despoten — mit der russischen, der österreichischen und der türkischen —, die auf die nationale Unterjochung gestützt sind, Frieden geschlossen. Damit hat der Kapitalismus auch den in Zerfetzung begriffenen staatlichen Organismen neues Leben eingehaucht. Und nun beutet die Bourgeoisie die ungelösten nationalen Probleme in ihren imperialistischen Interessen aus, um unter den gefnehteten Nationen trügerische Hoffnungen zu wecken.

Die Nationen, welche in ihrer ökonomischen Entwicklung zurückgeblieben waren — und in erster Linie die slavischen und die Balkanvölker — wurden genötigt, eine bevormundete Existenz zu führen. Zerstükt und dank einer brutalen Unterdrückung der Möglichkeit beraubt, ihre Kultur frei zu entfalten, oder mit einer scheinbaren staatlichen Unabhängigkeit bedacht, erwiesen sie sich gleichfalls als Opfer jener historischen Entwicklung, welche die europäische Bourgeoisie in eine alleitige Trägerin der geistigen und politischen Reaktion verwandelte.

Die gegenwärtige imperialistische Epoche beseitigte endgültig nicht nur dieses Hindnis der europäischen Bourgeoisie und aller Mächte der Vergangenheit, sondern verwandelte selbst die Bourgeoisie der zurückgebliebenen und gefnehteten Nationen in ein direktes Werkzeug und einen Mitschuldigen ihrer Expansionsbestrebungen. Ein bitterböser und schamloser Hohn ist es, wenn angesichts dieser Sachlage die heutigen Staats-

männer vor den unterjochten Völkerschaften noch und nochmals das Banner der nationalen Auferstehung und Befreiung zu erheben versuchen, gerade in dem Augenblick, in dem sie einen imperialistischen, einen brutalen Eroberungskrieg entfesselt haben, der die nationale Freiheit und Unabhängigkeit von Grund aus ablehnt und bestrebt ist, sogar Kulturnationen in ein Objekt des zynischen kolonialen Raubes zu verwandeln. Das Proletariat kann sich auf keinen Augenblick der Illusion hingeben, als ob die offiziellen Wortführer dieser Epoche des neuen Faustrechts — diese Bethmann-Hollweg, Grey, Poincaré, Sazonoff usw. — befähigt wären, den unterjochten Nationen gegenüber irgendwelche „Befreierrolle“ zu übernehmen.

Die Ablösung des einen Joches durch ein anderes, neue Aufteilungen der annektierten Gebiete und der sie bewohnenden Völker, Bildung lebensunfähiger Staaten, denen schon bei ihrer Gründung die notwendigsten Vorenthalten werden, und die dazu verurteilt sind, ökonomische und politische Vasallen der Großmächte zu bleiben, die sie geschaffen haben, und ein Spielzeug im diplomatischen Kampfe derselben zu sein — das und nur das kann man von der imperialistischen Diplomatie erwarten, wenn sie sich anjchidt, die Karte Europas umzugestalten.

Die Sozialdemokratie würde zu einer lächerlichen und kläglichen Rolle herabsinken, wenn sie unter solchen Umständen von den herrschenden Klassen den Aufbau Europas auf einer den Grundsätzen und den Interessen der Demokratie entsprechenden Grundlage erwarten würde. Sie würde dabei eine reaktionäre Rolle spielen, wenn sie die Arbeitermassen auffordern sollte, für die von den imperialistischen Koalitionen vorgezeichnete Sache der „Befreiung“ auch nur einen Tropfen Blutes zu opfern und ihren Wortführern auch nur das kleinste politische Vertrauen gewähren.

Angesichts der von den imperialistischen Eliten vorbereiteten Vergewaltigungen und Experimente am lebendigen Leib der Völker vertritt die Sozialdemokratie den Grundsatz des freien Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, des Rechtes, ihre staatlich-rechtlichen Beziehungen zu andern Nationen frei zu bestimmen. Zudem sie dieses Recht verteidigt, spricht



die Sozialdemokratie den heutigen Klassenstaaten die Fähigkeit und den Willen ab, es für irgendwelche Nation zu verwirklichen und hofft, einen vollständigen Triumph dieses Grundsatzes nur durch die Vernichtung des Klassenstaates selbst, durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu erreichen. Aber im Namen dieses Prinzips, das, wie alle übrigen demokratischen Prinzipien, vom Bürgertum, das es seinerzeit erhoben hat, verraten wurde, protestiert die Sozialdemokratie heute und künftighin gegen alle Versuche, über die künftigen Schicksale der Völker bei Ausarbeitung der Friedensbedingungen wider ihren Willen und ohne ihre Zustimmung zu entscheiden; gegen alle gewalttätigen Annexionen, offenen oder verhüllten, gegen Aufteilung und Zerschüßelung einheitlicher Nationen; gegen alle Vasallenbeziehungen zwischen den Großmächten und den schwächeren Völkern, denen eine staatliche Souveränität gelassen wird; gegen gewalttätige Zurückhaltung geknechteter Nationen im Verbande des knechtenden Staates.

Die Sozialdemokratie wird bei der Entscheidung des künftigen Schicksals der unstrittenen Gebiete fordern, daß dieses Schicksal gemäß dem Willen der betreffenden Bevölkerung und unter tatsächlichen Garantien ihrer freien Willensäußerung entschieden wird. Von denselben Grundsätzen geleitet, kann die Sozialdemokratie die schon früher vollzogenen Annexionen und Vergewaltigungen nicht sanktionieren, deren Aufrechterhaltung für alle kriegsführenden Mächte eines der Kriegsziele, einer der Gründe für die Fortführung der Durchhaltepolitik bedeutet. Die Sozialdemokratie kann nicht zugeben, daß das deutsche Proletariat ein Interesse an der Fortsetzung des Krieges habe, damit das Deutsche Reich das von ihm gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung an sich gerissene Elsaß-Lothringen behalte, oder daß das russische Proletariat an der Weiterführung des Krieges interessiert sei, damit dem russischen Zaren die Herrschaft über Polen erhalten bleibe. Aber indem sie sich weigert, den imperialistischen „Besiegern“ irgendwelches Vertrauen zu gewähren, lehnt sie auch die Fortsetzung des Krieges ab, sei es zu dem Zwecke, damit etwa die deutsche oder

österreichische Regierung „das Schicksal Polens bestimme“ oder damit Frankreich in die Lage käme, Deutschland eine Neuordnung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu „diktieren“. Den besten Traditionen der zweiten Internationalen folgend, ruft die Sozialdemokratie dem Proletariat zu: Die Vorbedingungen einer wirklichen nationalen Befreiung wird einzig und allein die Niederwerfung des imperialistischen Regimes schaffen! Und weil dieser Krieg das Zusammenleben der unterdrückten und der unterdrückenden Nationen im Rahmen ein und desselben Staates zweifelsohne zurücklassen wird, so ist es deine Pflicht, immer und überall gegen die nationale Unterdrückung und Ungleichheit anzukämpfen, eine weitgehende demokratische Autonomie zu fordern und rechtliche Garantien für die nationalen Minderheiten zu verlangen!

#### Die Garantien eines dauerhaften Friedens.

Es gab keinen Krieg in der neueren Geschichte, den man nicht durch das Bestreben zur Erlangung eines dauerhaften Friedens, eines friedlichen Zusammenlebens der Völker und der Herstellung eines europäischen Gleichgewichtes zu begründen versucht hätte. Selbst die Pläne der offenen und der verhüllten Annexionen wurden immer und werden auch heute im gegenwärtigen Kriege mit dem Bestreben, einem neuen Kriegsausbruch vorzubeugen, motiviert. In der Tat haben aber gerade jene Friedensbedingungen, durch die die herrschenden Klassen und deren Regierungen jeden Krieg zu liquidieren suchten, in sich stets keine neuer blutigen Zusammenstöße getragen. Zugleich versuchten die Idealisten der bürgerlichen Demokratie — und sie tun es immer aufs neue — bei jedem neuen kriegerischen Konflikt, diesen lügenhaften, auf die Brutalität und die Gewalt des Siegers begründeten Garantien eines dauerhaften Friedens andere entgegenzustellen, die die äußere Politik der heutigen Staaten den Prinzipien des Völkerrechts unterordnen sollen. Verträge über die Abgrenzung der „Einflußsphären“, Abkommen über teilweise Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte — das sind die populärsten Ideen auf diesem Gebiete. Indessen hat aber gerade der gegenwärtige Krieg mit vernichtender Grausamkeit gezeigt, wie ohnmächtig die Vertragsgarantien dieser Art sind, nicht nur die unbefräßte Herr-

schaft der Willkür und Vergewaltigung auf dem Gebiete der internationalen Politik zu beseitigen, sondern sogar den regierenden Oliguen ihre Praxis des Faustrechts auch nur zu erschweren. Die Regierungen der beiden Koalitionen haben nicht nur alle von ihnen unterzeichneten Verträge und Verpflichtungen unbestraft verlegt, sondern fanden dabei bei sich zu Hause einmütige Unterstützung von seiten aller besitzenden Klassen, ja selbst eines vom nationalistischen Strom mitgerissenen Teiles der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. Die Scheidemänner und die Legiens haben in gleicher Weise die Neutralitätsverletzung Belgiens und die Verletzung der Seekriegsverträge mit ihrem Stempel besiegelt, wie es Jules Guéde und die Wanderveldes in bezug auf die Neutralitätsverletzung Griechenlands, auf den Vertragsbruch bezüglich Ägyptens getan haben. Diese Tatsache sagt, daß die gegenwärtigen imperialistischen Gegensätze, die den Kampf um die Welt Herrschaft zu einer Existenzfrage der kapitalistischen Riesenreiche gemacht haben, zur Zeit des Krieges alle auf dem Boden des Kapitalismus gebliebenen Klassen der Nation durch die eiserne Solidarität — die Solidarität des Raubes — zusammenschweißen und durch diese Tatsache alle Hindernisse beseitigen, die der nackten Gewalt irgendwelche, nicht auf materielle Machtverhältnisse gestützten Verträge und Deklarationen entgegensetzen könnten. Darum kann das Proletariat in den pazifistischen Projekten der Weiterentwicklung des sogenannten Völkerrechts weder wirkliche Garantien eines dauerhaften Friedens noch irgendwelche ernste Hindernisse erblicken, die die imperialistischen Oliguen in ihrer äußeren, neue kriegerische Konflikte vorbereitenden Politik irgendwie binden könnten. Nur solche Mittel könnten den bösen Willen der imperialistischen Oliguen binden und zügeln, die unmittelbar auf die Schwächung der Diktatur dieser Oliguen gerichtet wären, was aber nur durch den revolutionären Druck des Proletariats erreicht werden kann: Nicht Abmachungen unter den Regierungen über die Rüstungseinschränkungen, die, wären sie auch durchgeführt, die Regierungen in ihrem Bestreben, einen Krieg zu entfesseln, nicht hindern könnten, — sondern die Entwaffnung dieser Regierungen durch die radikale Demokratisierung des Heerwesens, durch

die Abschaffung der stehenden Heere und durch die Einführung der Volksmiliz, — und zwar nicht in ihrer verzerrten Form, die sie den Interessen des gegenseitigen Kampfes der kapitalistischen Staaten anpaßt, sie faktisch der Diktatur der plutokratischen Oliguen ausliefert und ihr den Charakter einer kastenorganisation des Heeres beibehält — sondern durch die Einführung eines auf demokratischen Garantien aufgebauten Systems der wirklichen Volksbewaffnung!

Selbstverständlich kann diese wirkliche Demokratisierung des Systems der Volksbewaffnung, die das diktatorische Verfügungsrecht über dieses System den Händen der kapitalistischen Oliguen entreißen würde, nur im Zusammenhang mit einer gründlichen Demokratisierung des Staates selbst durchgeführt werden, mit der Abschaffung aller monarchischen und oligarchischen Institutionen und Privilegien — d. h. nur in einem engen Zusammenhang mit den Erfolgen des unmittelbaren Klassenkampfes des Proletariats um die Macht im Staate. Nur auf dieser Basis der konsequenten Demokratisierung der gesamten gesellschaftlichen Verfassung kann auch die wirkliche Aufhebung der Geheimdiplomatie, die wirkliche Unterordnung aller die internationalen Beziehungen regelnden Verträge unter die Kontrolle der Volksvertretungen erlangt werden. Nur auf dieser Grundlage kann die neue Gestalt dieser Beziehungen, die die Vereinigung aller zivilisierten Völker in eine politische Einheit vorbereiten soll, eine positive Bedeutung erhalten. Das Proletariat kann diese realen Garantien der Aufhebung aller Kriege und Kriegsankläge nur in dem Maße vorbereiten, in dem es sich enger als es bis heute der Fall war zu einer internationalen politischen Macht zusammenschließt, von den Ueberresten nationaler Beschränktheit sich geistig befreit und sich weigert, seine allgemeinen Interessen der nationalen Solidarität und der sogenannten Vaterlandsverteidigung unterzuordnen; und indem es als eine geeinte Macht die Kämpfe jeder seiner nationalen Sektionen gegen die lokalen kapitalistischen oder feudalen Zentren der internationalen Reaktion zur gemeinsamen Sache macht und, alle opportunistischen Rücksichten zurückweisend, mit voller Energie gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen, die seine regierenden Klassen einem fremden Volke gegenüber anwenden, protestiert und kämpft.

Denn einzig und allein der revolutionäre Wille und das revolutionäre Klassenbewußtsein des Proletariats werden die realen und letzten Endes einzigen Friedensgarantien bilden. Der von den imperialistischen Kräften ständig geschürten Kriegesfurie kann nur von einer international vereinigten Klasse der Proletarier Halt geboten werden, von einer Klasse, die den Kampf um die Macht unaufhörlich führt und jeden neuen Befehl zum Brudermorde mit der revolutionären Mobilisierung ihrer Kräfte beantwortet, mit der Mobilisierung zu dem Kampfe, den die Stuttgarter und die Basler Resolutionen verkündet haben.

Nur in diesem Falle werden die konservativen Instinkte der besitzenden Klassen vor einer Wiederholung des verbrecherischen Experimentes zurückgehalten werden können, von dessen Folgen die zivilisierte Menschheit sich nur langsam aufrichten wird.

### Der Kampf um den Frieden.

Das Maß der realen Einwirkung der Internationale auf die Bedingungen des Friedens, der den jetzigen Krieg abschließen wird, steht im engsten Zusammenhange mit der politischen Rolle, die das Proletariat im Laufe des Krieges spielen wird. Nur wenn es dem Proletariat gelingt, durch seinen Kampf, durch seinen Widerstand den regierenden Klassen die Beendigung des Krieges aufzuzwingen, noch bevor sie den Friedensschluß für sich als günstig betrachten, kann es darauf rechnen, daß es irgendwelche Macht besitzen wird, um auf den Inhalt der Friedensbedingungen selbst einen Einfluß ausüben zu können.

Darum muß das Proletariat jenen Gedanken als schädlich und sinnlos betrachten, durch den die Diplomaten des offiziellen Sozialismus, mit Doyens und Vandervelde an der Spitze, sich bemühen, es vom revolutionären Kampfe gegen den Imperialismus und den Krieg abzulenken. Man empfiehlt dem Proletariat, die Durchhaltepolitik in jedem Lande weiterzuführen, seiner Regierung die von ihr angestrebten Friedensbedingungen durch Waffengewalt sichern zu helfen — und zugleich mit den Proletariern anderer Länder jenes ideale „Friedensprogramm“ auszuarbeiten, das die in-

ternationale Diplomatie nicht verschlen wird, in einen Papiertorb unter allem möglichen alten Zeug zu begraben. Man schlägt vor, die Tragödie des gegenseitigen, von den Vertretern der proletarischen Parteien in verschiedenen Ländern gemachten Brudermordes durch die Komödie der Verbrüderung auf der Grundlage einer zu nichts verpflichtenden Verständigung zu krönen, einer Verständigung, die vor der blutbestigten kapitalistischen Welt in vernichtender Weise die selbstgenügsame Ohnmacht jener Partei entblößen muß, die einmal dieser Welt den Krieg auf Leben und Tod erklärt hatte. Von diesem Wege der Selbstverleugnung und der Kapitulation rufen wir, die wir den Prinzipien des internationalen revolutionären Sozialismus treu geblieben sind, das Proletariat aller Länder auf einen anderen Weg, auf den vom Zimmerwalder Manifest vorgezeichneten Weg! Auf den Weg der Wiederaufnahme des gemeinsamen Klassenkampfes gegen die auch im Kriege einige bürgerliche Gesellschaft! Auf den Weg der unbedingten Zerreißung der sogenannten nationalen Solidarität, der „heiligen Union“ und des Burgfriedens! Auf den Weg eines unversöhnlichen Krieges mit allen gesellschaftlichen Mächten, die diesen Krieg führen, ihn in die Länge ziehen, ihn ausbeuten und ihn ausnützen, um eine unerträgliche politische und soziale Knechtung zu befestigen, die im ganzen Europa, vom „freiheitsliebenden“ England bis zum zarischen Rußland, herrscht! Auf den Weg der internationalen Verständigung der Proletarier aller Länder, für die unverzügliche Beendigung des Krieges! Auf den Weg, der zur Aufhebung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, zur sozialen Revolution führt!

Die neue Ära der Weltgeschichte, die von diesem Kriege eröffnet wurde, stellt die Arbeiterklasse vor die Wahl: entweder den Kopf sklavisch unter das kapitalistische Joch zu beugen und, dem Willen der Bourgeoisie gehorchend, von den Profanen des imperialistischen Schmauses zu leben, indem man nationale und nationalistische Arbeiterparteien, Parteien der Reformen und der Anpassung schafft, oder im Kampfe für die Befestigung der Grundeste des Kapitalismus selbst, im Kampfe um die politische Macht, sich wieder — und dabei auf einer neuen, festeren Grundlage — in eine internationale Klassenpartei der Revolution zusammenzuschließen. Die neue Ära in der Ge-

schichte der Arbeiterbewegung muß mit dem Kampf um den Frieden, mit der Bildung einer proletarischen Kampffront gegen alle kriegsführenden Staaten beginnen. Dort, wo die vom Kapitalismus entfesselten elementaren Kräfte die Schicksale der Welt selbstherrlich zu entscheiden suchen, dort muß die vom völkerverfreienden revolutionären Sozialismus vertretene Stimme des Gewissens und der Vernunft der Menschheit mächtig erschallen:

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit gewaltsamen Annexionen!

Keine Kontributionen! Keine wirtschaftlichen Kriegskoalitionen, keine chinesischen Mauern zwischen den Nationen! Nieder mit dem stehenden Heere! Nieder mit der Geheimdiplomatie! Es lebe der Friede! Es lebe der Sozialismus! Es lebe der internationale, revolutionäre, proletarische Klassenkampf! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!



## Beilage.

### Der Krieg und die russische Sozialdemokratie.

(Aus der Deklaration der Petersburger und der Moskauer sozialdemokratischen Parteiorganisationen der „mensjewitschen“ Richtung.)

Der Kapitalismus, der in seiner Entwicklung zur Bildung von nationalen Großstaaten geführt hat, ist dann dem Rahmen des Nationalstaates entwachsen. Die kapitalistischen Länder wurden von imperialistischen Tendenzen, von dem Bestreben zur Eroberung von Waren- und Geldmärkten, internationalen Handelswegen, zur wirtschaftlichen und politischen Unterjochung zurückgebliebener Völker, zur Welt Herrschaft, durchdrungen.

Mit dem Wachstum dieser Tendenzen mußte ein Moment eintreten, wo die vom Kapitalismus erzeugten Widersprüche in den Rahmen eines politischen Gleichgewichts, einer „friedlichen“ Verteilung der Einflußsphären oder lokaler militärischer Konflikte nicht gelöst werden konnten. Es mußte ein Moment kommen, und er ist auch eingetreten, wo die bürgerliche Gesellschaft die Bajonette auf die Tagesordnung des gesamten Weltgetriebes stellte.

Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg. Sein geschichtlicher Sinn besteht in der Unterdrückung und nicht in der Wiedergeburt der Nationen. Indem dieser Krieg alle partiellen und Nebeninteressen und Gegenjäge dem einen historischen Hauptkonflikt unterordnet, verwandelte er die „Befreiungs- und Vereinigungsbestrebungen“ der in ihrer staatlichen Entwicklung zurückgebliebenen Völker in einen Gegenstand politischer und strategischer Künste der imperialistischen Staaten; die „nationalen Ideale“, inwieweit man sie durch einen nationalen Krieg verwirklichen will, füllt er mit einem utopischen oder gar reaktionären Inhalt und verwandelt den „Schutz“ der schwachen Völker in deren Vernichtung.

Das konstitutionell-monarchische England und das republikanische Frankreich, die russischen Liberalen und die west-

europäischen Demokraten haben vor dem Kriege Aufgaben von weltumfassender Bedeutung aufgestellt: Einführung eines allgemeinen Friedens, die endgültige Beseitigung der imperialistischen Unterdrückung und der Möglichkeit militaristischer Anschläge.

Die Sozialdemokraten wissen jedoch, daß der geschichtliche Sinn und Inhalt der imperialistischen Gefahr nicht durch die spezifischen Besonderheiten eines einzelnen Staates, sondern durch die inneren Tendenzen des Kapitalismus überhaupt bestimmt wird. Den Weg zur Beseitigung dieser Gefahr sieht die Sozialdemokratie nur im Klassenkampf des Proletariats aller Länder, im Internationalismus und nicht im nationalen Haß.

Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, dem weltgefährlichen aggressiven Imperialismus des „junterlichen“ Deutschlands den vermeintlich nicht aggressiven, — ja wohlthätigen Imperialismus Englands mit seinem Parlamentarismus und seiner Handelsfreiheit entgegenzustellen. Sie hat nicht vergessen, daß England auch vor dem Kriege eine ausgeprägt aggressive äußere Politik geführt hatte, daß nicht die deutsche „gepanzerte“ Faust, sondern die handelsindustrielle Konturrenz und die Interessen des Finanzkapitals es waren, die England vor dem Kriege auf den Weg sozialer Reaktion und der Annäherung mit dem reaktionären Rußland hindrängten.

Und die Sozialdemokratie sieht, daß die herannahende Weltkrise dieser Evolution eine besondere Schärfe und ein fieberhaftes Tempo verliehen hat. Die Lösung der Beherrschung der Meere, die der englische Imperialismus zu seinem wichtigsten Werkzeug in dem sich entfaltenden Weltkampfe machte und die bereits Proteste von Seiten der neutralen Länder auslöste, die gewalttätige Einnüchterung derjenigen Staaten in den Krieg, die von der englischen Flotte bedroht werden können, die Parole der obligatorischen Dienstpflicht und des nichtobligatorischen Arbeiterzuges, die wucherische Finanzierung der „Verbündeten“ und die unzweideutigen Anspielungen der englischen Finanzbourgeoisie auf zukünftige Belohnungen dafür in Zukunft, — das alles beweist, daß der Sieg Englands für die Zukunft ebensowenig den Triumph des Parlamentarismus, der Volksinteressen, des Friedens und der

Handelsfreiheit verheißten würde als ein Sieg Deutschlands oder eines anderen Staates.

Auch der Hinweis hat keine Bedeutung, daß von den zwei sich bekriegenden imperialistischen Gruppen die mitteleuropäische, mit Deutschland an der Spitze, eine stärkere und typischere Vertreterin imperialistischer Tendenzen darstellt und daß ihre Zerstümmerung den Imperialismus überhaupt jedenfalls schwächen würde. Wer von den Großmächten der typischere Vertreter des aggressiven Imperialismus und der militaristischen Provokation auch gewesen sein mag, im Laufe des Krieges, unter dem Einfluß seiner unbittlichen Logik verschwindet dieser Unterschied unter den kriegführenden Großstaaten. Das Verhalten der französischen Sozialisten gegenüber der Landung im „neutralen Salonik“ bietet ein krasses Beispiel dafür, wie die Logik des Krieges in bezug auf Aggressivität den Unterschied sogar zwischen der Demokratie und den Hottentotten des kriegerischen Kapitals verwischt.

Der heutige, von den Sozialisten unterstützte Völkerkrieg wird ideell und politisch nur die Demokratie schwächen, aber nicht den Imperialismus. Für den wirklichen Kampf gegen die imperialistischen Gruppen allesamt und gegen jede im einzelnen müssen die Sozialdemokraten in diesem Moment mehr denn je ihre Position mit dem Internationalismus, mit der Lösung der internationalen Solidarität vereinigen. Der Krieg hat der Solidarität der Proletarier aller Länder die nationale Solidarität gegenübergestellt, die dem Selbsterhaltungstrieb der kämpfenden Völker entspringt. Die Sozialdemokraten müssen diesen Gegensatz nicht allein in ihren Wünschen und Hoffnungen auf die Zukunft, sondern in der gegenwärtigen politischen Praxis lösen.

Jede Nation hat ein Recht auf Selbstbestimmung, auf die Schaffung und Erhaltung von Bedingungen, die ihre kulturelle Entwicklung am besten garantieren, und das sozialistische Proletariat, das sich des Zusammenhanges zwischen seinen Aufgaben und der Entwicklung jedes der Länder bewußt ist, kann um so weniger dem Schicksale seines Landes teilnahmslos gegenüberstehen, je mehr dessen Elend sein eigenes Elend bedeutet.

Das ist eine für die Sozialdemokratie unbestreitbare Wahrheit. Aber gerade diejenigen Genossen, die sich so häufig darauf berufen, nämlich die Anhänger der sogenannten Vaterlandsverteidigung, handeln tatsächlich nicht danach, sondern vielmehr dem zuwider.

Zweifellos lehnt das Proletariat einen nationalen Krieg prinzipiell nicht ab. Allein für seine Taktik ist nicht das abstrakte Prinzip, sondern der konkrete Inhalt maßgebend, der durch die geschichtliche und politische Lage des gegebenen Moments bestimmt wird. In dem heutigen komplizierten internationalen Konflikt, wo die „sich verteidigenden“ Länder gar nicht nach eigenem Willen und auf eigenes Risiko kämpfen, sondern mit andern Staaten Bündnisse bilden, sich diesen unterwerfen und zu Werkzeugen ihrer Politik werden, in diesem Kriege ist eine Unterscheidung zwischen „Angriff“ und „Verteidigung“ unmöglich, denn beides fällt in dem Handeln jedes Landes zusammen, so daß die Verteidigung im beliebigen Moment leicht zum Angriff und häufig politisch und strategisch auch gar nicht davon getrennt werden kann. . . .

Die Sozialdemokratie muß die feste Gewißheit haben, daß die „Verteidigungsfrage“ ihrer Taktik nicht zur Verhüllung fremder aggressiven Bestrebungen dient, daß sie imstande sein werde, die Umwandlung der Verteidigung in einen Angriff rechtzeitig zu verhindern oder wenigstens die politische Verantwortung dafür abzulehnen. Der Charakter dieses Krieges schließt aber eine solche Gewißheit aus, sie ist undenkbar ohne eine durchgreifende Demokratisierung des „sich verteidigenden Landes“, — ohne demokratische Garantien erlangt zu haben.

Als Guéde und Sembat ins Ministerium der „nationalen Verteidigung“ eingetreten sind, haben sie als Bedingung die elementare demokratische Garantie gefordert, daß das Volk die „ganze Wahrheit“ über den Krieg erfahren solle. Das Kriegspanama, das sich unter dem Schutze der Kriegszensur abspielte, zeigt, daß das Volk nicht nur die politische Wahrheit, sondern selbst die einfachsten Tatsachen über die militärische Lage nicht kennt. Die Beteiligung von Vertretern der sozialistischen Partei an der Regierung bedeutete bloß den Sieg der demokratischen Form, während die Kriegszensur inzwischen den demo-

kratischen Inhalt vermindert hat. Es erhellt daraus, daß für die politische Beteiligung des Proletariats an der „Verteidigung“ materielle demokratische Garantien notwendig sind.

Die Frage der Garantien könnte man nur in dem Falle nicht stellen, wenn ein anderer Grund vorhanden wäre, um jeden Zweifel an dem Verteidigungscharakter der oder jener kriegerischen Operationen auszuschließen. Einen solchen gibt es aber nicht. Weder die Analyse der internationalen Lage im ganzen genommen, die uns eben die aggressiven Tendenzen beider streitenden Gruppen aufdeckt, noch das Kräfteverhältnis der einzelnen Völker liefern einen Anhaltspunkt dafür, da die „Verteidigung“ des Schwächern unter ihnen bloß den Stachel des Angriffes der Stärkern verhüllt, und unter diesen gibt es keinen, den man mit Sicherheit als den künftigen Sieger betrachten könnte.

Die Sachlage ändert sich auch dadurch nicht, daß man auf die in die Augen springenden Tatsachen hinweist, auf die Verwüstung ganzer Gegenden und die Bedrohung der „Lebensinteressen“ des Landes sowie auf die völlige Ummwälzung seines inneren Lebens. Das sind zwar Tatsachen, an deren Beseitigung das Proletariat äußerst interessiert ist; zu behaupten aber, daß deshalb die kriegerischen Maßnahmen eines Landes schon jetzt einen unzweifelhaften „Verteidigungscharakter“ haben, heißt aus dem Gesamtzusammenhang der Ereignisse einzelne isolierte Momente herausreißen und die politischen und geschichtlichen Perspektiven entstellen. Unter den Verhältnissen des gegebenen historischen Moments könnte man dem Proletariat empfehlen, die politische Verantwortung für den Krieg der einen oder der anderen Regierung auf sich zu nehmen, wenn reale demokratische Garantien vorhanden wären; solche gibt es aber nicht und kann es auch nicht geben.

Ein Krieg ist ein bestimmtes politisches Mittel, — die Wahl der politischen Mittel wird aber durch die reale Sachlage des Moments bestimmt. Wer heute die Lösung der Verteidigung aufstellt, dem dient sie zur Grundlage der politischen Aktion des heutigen und nicht des morgigen Tages; indem man den Krieg als Mittel zur Lösung der gegebenen historischen Aufgaben sanktioniert und somit auch führt, über-

nimmt man auch die politische Verantwortung für ihn auf sich. Praktisch die Lösung der Verteidigung unter den gegebenen Verhältnissen zu verwirklichen, heißt den Fußstapfen der deutschen und französischen Sozialisten folgen, die die Landesverteidigung als die alles andere unterordnende Hauptaufgabe des Tages betrachten, die für die Kriegskredite stimmen, sich vom Klassenkampf lossagen, den Burgfrieden und die Union sacrée proklamieren; das heißt ferner die Bahn betreten, die unbedingt zum Ideenabgrund führt, wo die zweifelhafte Rettung unter der Oberherrschaft der antidemokratischen Elemente einerseits von einer schon zweifellosen Vergewaltigung anderseits begleitet sein wird.

Das nationale „Selbstbestimmungsrecht“ zeigt hier allzu deutlich die Züge des jähzornig fortschreitenden Imperialismus. Es hat nichts Gemeinsames mit den bekannten Beschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse, die die Gesamtinteressen des internationalen Proletariats mit den Interessen der einzelnen Nationen auszuöhnen, keineswegs aber die einen um der anderen willen zu opfern suchten. In dem jetzigen internationalen Konflikt muß uns von der bürgerlichen, auch von der bürgerlich-demokratischen „Aufassung“ der Aufgaben und der Ereignisse eben unser Internationalismus, die Sorge nicht nur um das Vaterland, sondern auch um das internationale Proletariat, trennen. Im Gegensatz zum Bürgertum müssen wir verstehen, den Grundwiderspruch des historischen Moments zu überwinden; verstehen, sowohl die Gefahr, gegen die man sich zu verteidigen hat, zu erkennen, als auch die Verteidigungsmittel nicht vom Standpunkte des eigenen nationalen Heims zu wählen, sondern von dem der ganzen Internationalen zu bestimmen.

Eben zu dieser Auffassung gelangen wir, wenn wir anerkennen, daß allen Ländern die gleiche Gefahr droht, die Gefahr der imperialistischen Unterdrückung, kolossaler Erschütterungen und völliger Erschöpfung und daß zur Abwehr dieser Gefahr nicht „nationale Anstrengungen“ der verschiedenen Vaterländer, die dieser Aufgabe widersprechen und in eine Sackgasse führen, notwendig sind, sondern vielmehr ein gemeinsames internationales Auftreten des Proletariats das geeignete Mittel ist. Die „nationale Selbstverteidigung“ erweist

sich so unfähig, das „Selbstbestimmungsrecht“ zu sichern und gegen schließliche Vergewaltigung zu bewahren, ja selbst der nationale Sieg erweist sich in dieser Beziehung als ein Mittel und eine Möglichkeit von so zweifelhaftem Charakter, daß selbst die bürgerliche, nicht die sozialistische, Demokratie zum Bewußtsein der Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen — statt des Weltkrieges — zur Lösung des hoffnungslos lange andauernden Weltkonflikts kommen muß und tatsächlich kommt. Dieser Kampf für den Frieden wird schon in Deutschland, Oesterreich und Ungarn, wo die Sozialisten eine entsprechende Agitation entfachen, tatsächlich geführt. Und auch die Zimmerwalder Konferenz erklärte ihn als die aktuelle Aufgabe des sozialistischen Proletariats.

Die Hauptrolle auf diesem Wege fällt dem Proletariat zu, was ihm eine besondere moralische Kraft und ein Ansehen zu verleihen verspricht. Nicht die Verteidigung, sondern nur der Kampf für den Frieden entspricht den Interessen des internationalen Proletariats und denen eines jeden der kriegführenden Länder! . . .



MSA 28730



**END OF  
TITLE**